

«Drang aufs Tor»

Lars Guggisberg, Geschäftsführer Biel-Seeland und Lyss-Aarberg des Handels- und Industrievereins, SVP-Regierungsratskandidat für Rickenbachers Nachfolge: «Erstmals richtig persönlich in Kontakt kam ich mit Res Rickenbacher auf dem Fussballplatz, beide als Offensivspieler des Sportclubs Grossrat. Er war ein Teamplayer mit Drang aufs Tor. Leider nahm unsere gemeinsame Torjagd nach seinem Kreuzbandriss ein abruptes Ende. Ich schätzte seinen unkomplizierten, humorvollen und von Respekt geprägten Umgang, den er nicht nur auf dem sportlichen, sondern auch auf dem politischen Parkett pflegte – unabhängig von der Parteilinie seines Gegenübers. In politischer Hinsicht gab es aus meiner Sicht viel Licht, aber auch Schatten. In Bezug auf die zu hohe Steuerbelastung in unserem Kanton hätte ich mir vom Volkswirtschaftsdirektor zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts mehr Einflussnahme gewünscht. An der Ansiedlung wichtiger Unternehmungen im Kanton Bern und der Wahl des Innocampus Biel als einer der Standorte des Swiss Innovation Parks SIP hat Res Rickenbacher grossen Anteil. Dafür gebührt ihm Dank.»

«Begegnungen gepflegt»

Fritz Stauffer, Gemeindepräsident Jens: «Andreas Rickenbacher ist in unserem Dorf aufgewachsen. Wir kennen ihn und seine Familie seit seiner frühen Jugendzeit. Die Begegnungen mit der Bevölkerung hat er immer gepflegt und am Dorfleben aktiv mitgemacht. Mit Interesse verfolgten die Einwohner den politischen Werdegang von Andreas. Als dieser dann Grossrat, Regierungsrat und auch Regierungsratspräsident wurde, war man sichtlich stolz, eine solche Persönlichkeit in unserer Gemeinde zu haben. Im Namen der Gemeinde wünschen wir Andreas für die Zukunft alles Gute!»

«Impulsgeber, Vernetzer»

Uwe E. Jocham, Direktionspräsident CSL Behring: «Regierungsrat Andreas Rickenbacher ist für die CSL Behring AG in all den Jahren ein sehr geschätzter und engagierter Partner gewesen, mit dem wir eine vertrauensvolle Zusammenarbeit pflegen durften. Dass CSL Behring in Lengnau ein neues Werk bauen kann, ist auch ein grosses Verdienst von ihm. Und es macht uns sehr stolz, dass er dieses Projekt als einen der grössten Erfolge seiner Amtszeit bezeichnet. Er kennt die Anliegen der Wirtschaft und hat als Impulsgeber für die Entwicklung und Positionierung des Kantons von allen Seiten breite Unterstützung erhalten. Ich habe mit ihm in vielen Gremien zusammengearbeitet. Auch in meiner Funktion als Arbeitgeberpräsident haben wir viele Gespräche geführt und Initiativen unterstützt, die die Berner Wirtschaft nachhaltig stärken. Er hat es verstanden, die Bedürfnisse der Wirtschaft, der Arbeitnehmenden, der Politik und Institutionen so zu vernetzen, dass Bern sich zu einem starken, innovativen und attraktiven Wirtschaftsstandort entwickeln konnte. Ich wünsche ihm auf seinem weiteren beruflichen und privaten Weg alles Gute und hoffe, dass er in seiner künftigen Tätigkeit dem Kanton Bern weiterhin zu Erfolg und Wachstum verhilft.»

«Industriesektor gestärkt»

Gilbert Hürsch, Geschäftsführer Wirtschaftskammer Biel-Seeland: «Andreas Rickenbacher hatte immer ein grosses Gespür für die Anliegen der Wirtschaft und stärkte mit seinem Engagement den für den gesamten Kanton wichtigen Industriesektor. Er erkannte frühzeitig, wie wichtig die wirtschaftliche Innovationskraft für den Erhalt unseres Wohlstandes im Kanton Bern ist. Durch seine aktive Innovationspolitik schuf er optimale Rahmenbedingungen für den Netzwerkstandort Swiss Innovation Park in Biel. Gerade für unsere Region mit ihrer starken Industrie ist dieser ein Meilenstein, der generationenübergreifend die Innovationskraft sichern wird. Zudem begleitete Rickenbacher die Ansiedlung wichtiger Unternehmen in unserer Region. Ich wünsche ihm für seine Zukunft in der Privatwirtschaft viel Erfolg und alles Gute.»

«Schutz vor Dumping»

Corrado Pardini, SP-Nationalrat und Unia-Geschäftsleitungsmitglied: «Andreas Rickenbacher habe ich als verlässlichen Regierungsrat erlebt. Er hatte trotz seiner Wirtschaftsfreundlichkeit auch immer ein Gehör für die Anliegen der Arbeitenden. Dank ihm wurde der Kanton Bern vom Agrarkanton zum Industrie- und Dienstleistungskanton neu positioniert. Seine grössten Verdienste liegen in der Realisierung der effizienten und effektiven Schutzmechanismen gegen Lohndumping. Dafür danken ihm die Arbeitnehmer im Kanton. Für mich persönlich ist Andreas Rickenbacher vor allem ein Freund und politischer Weggenosse, dem ich vertrauen kann.»

«Zwei Drittel Vorfreude, ein Drittel Wehmut»

Andreas Rickenbacher Jene Projekte, die er als seine grössten Erfolge bezeichnet, kommen der Region Biel-Seeland zu Gute: Der Netzwerkstandort des Innovationsparks und die Ansiedlung von CSL Behring. Dies werde dem Kanton Bern noch viel bringen. Der abtretende Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher macht aber keinen Hehl daraus, dass er das Politisieren heute schwieriger findet als zu Beginn seiner Karriere. Seinem Nachfolger rät er, bewusst Zeit für die Familie zu planen: «Sonst frisst einen der Job auf.»

Interview: Tobias Graden

Andreas Rickenbacher, zu Beginn ein kurzer Ausblick in die nahe Zukunft: Was machen Sie am nächsten Montagmorgen um 7 Uhr?
Andreas Rickenbacher: (lacht) Ich schlafe!
Und wenn Sie noch im Amt wären?
Dann würde ich mich auf den Weg nach Bern machen.
7 Uhr reicht – man muss als Regierungsrat also nicht Extrem-Frühaufsteher sein?
Man muss sich die Zeit selber einteilen. Ich habe jeweils am Abend länger gearbeitet, da ich nicht so der Frühaufsteher bin.

Sie übergeben heute die Schlüssel an Ihren Nachfolger. Wie sind mit Blick auf die Zukunft Vorfreude und Wehmut verteilt?
Zwei Drittel Vorfreude, ein Drittel Wehmut.
Sie werden weniger in der Öffentlichkeit stehen und sich über Erfolge eher im kleineren Kreis freuen dürfen. Rührt daher das Drittel Wehmut?
An erster Stelle steht etwas Anderes: Ich habe viele enge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit denen ich nun zehn Jahre zusammengearbeitet habe. Sie zu verlassen, ist ein Teil der Wehmut. Ich hatte auch eine gute Kollegialität mit den Regierungsmitgliedern, man sieht sich jede Woche. Da bin ich nun nicht mehr dabei, das ist ein weiterer Teil der Wehmut. Was den Wegfall der Öffentlichkeit betrifft: Ich bin schon als Grossrat in der Öffentlichkeit gestanden. Es wird also das erste Mal seit 22 Jahren sein, dass dem nicht mehr so ist. Wie ich darauf reagieren werde, weiss ich noch nicht.

Fällt Ihnen das Loslassen von der Macht schwer?
Nein. Es ist nicht die Macht, die mich getrieben hat, sondern vielmehr ein politisches Projekt, die Möglichkeit, den Kanton mitzugestalten, etwas zu bewirken.
Finden Sie denn das Ernten nach erfolgreichen Efforts langweilig?
Keineswegs.

Es wäre nun eine Zeit gekommen, da wichtige Erfolge wie die Ansiedlung von CSL Behring oder dem Innovationspark zu Blühen beginnen.
Ich habe schon vor meiner politischen Karriere Projekte angerissen und zum Erfolg geführt. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ein Teil der Ernte dieser Projekte auf mein Wirken zurückzuführen ist.
Ist das Politisieren in den letzten Jahren schwieriger geworden, durch den Druck der Öffentlichkeit oder die zunehmende Polarisierung?
Die Öffentlichkeit hat mich nicht nur die letzten zehn Jahre als Regierungsrat beansprucht, sondern insgesamt während 22 Jahren. Ich bin kurz nach der Wahl in den Grossen Rat 1994 in die Finanzkommission gewählt worden, in einer Zeit, als es dem Kanton nicht gut ging. Das war eine anstrengende Arbeit. Von 2000 bis 2006 habe ich die SP-Fraktion präsidiert. Wenn ich die ganze Zeit überblicke, komme ich zum Schluss: Ja, es ist schwieriger geworden.

Was ist es, das es schwieriger gemacht hat?
Einerseits sind die Herausforderungen grösser geworden. Die Schweiz ist international in einer schwierigen Position, das hat Auswirkungen auf die Kantone. Gerade wirtschaftlich ist es in meiner Regierungszeit sehr viel schwieriger geworden, und hier Lösungen zu finden, ist anstrengend. Andererseits ist der mediale Druck grösser geworden, die Personalisierung wurde vorangetrieben, aus meiner Sicht werden zunehmend die Fehler einer Person in den Vordergrund gestellt. Wenn man nicht wie im Grossen Rat einer von 160, sondern im Regierungsrat einer von sieben ist, ist man dem enorm stark ausgesetzt.
Gab es Situationen, in denen Sie das speziell gemerkt haben? Sie sind nicht speziell angeschossen worden?

Nein... (überlegt) Wissen Sie, wenn man selber drinsteckt, wirkt das härter. Ich höre oft, ich hätte ja keine Fehler gemacht und sei nie kritisiert worden. Aber wenn ich in einer Zeitung den Zwischentitel «Schwach, schwächer, Bern» lese, so bewusst gesetzte Spitzen, das trifft mich.

Treten Sie also auch zurück, weil Ihre Haut dünner geworden ist?

Ja und Nein. Ich bin zwar dünnhäutiger geworden über die Jahre. Das ist aber nicht der Grund meines Rücktritts. Ein Jahr nach den Wahlen habe ich eine Analyse vorgenommen und mir war klar: Ich mache das nicht bis 62. Für mich kam der richtige Zeitpunkt, um beruflich noch einmal etwas Neues zu beginnen. Zudem war abzusehen, dass es 2018 zu einer Grosserneuerung in der Regierung kommt. Wenn dann Personen antreten, die bereits zwei Jahre Erfahrung haben, ist das für die Gesamtregierung ein Vorteil.
Sie waren in einer Direktion tätig, deren Themengebiet, die Wirtschaft, fast alle Menschen unmittelbar betrifft, in der aber die Politik nur höchst beschränkten Gestaltungsspielraum hat – zumal auf kantonaler Ebene, und dann noch in einem so divergenten Kanton Bern. Kam es Ih-

«Dass die Bürgerlichen wegen der Milliarde ausrufen, das kann ich nicht ernst nehmen.»

nen manchmal vor, als ob Ihnen die Hände gebunden wären?

Der Kanton Bern ist geographisch wie wirtschaftlich ganz unterschiedlich geprägt. Er ist der stärkste Agrarkanton, hat mit Zürich zusammen die meisten Industriearbeitsplätze, er ist das Zentrum der Bundesverwaltung mit bundesnahen und Bundesarbeitsplätzen, er ist mit Graubünden und dem Wallis der grösste Tourismuskanton. Da kommen ganz verschiedene Ansprüche auf eine Regierung zu. So eine Lösung zu finden, die dann für das Ganze stimmt, ist eine sehr grosse Herausforderung.

Hat es Sie gestört, dass man im Kanton Bern stets auf so viele unterschiedliche Sensibilitäten Rücksicht nehmen muss? Der Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zug hat es sicherlich einfacher.
Das hat mich nicht gestört, sondern motiviert.

Fehlt dem Kanton Bern ein «Fortschrittgen»?
Nein. In der Wirtschaft, in den Unternehmen ist sehr viel Innovation vorhanden. Vielleicht ist ja ein Teil davon gerade dadurch möglich, dass wir in diesem Kanton unterschiedliche Kulturen und Ansprüche haben.
Eine gewisse Behäbigkeit ist aber nicht wegzudiskutieren. Sie haben in Ihrer Abschiedsrede im Grossen Rat gemahnt, man müsse nicht immer alles Neue zu 100 Prozent abgesichert haben.

Wir haben mal eine Imagestudie über den Kanton Bern gemacht und dazu auch im Kanton Zürich Unternehmer befragt. «Wissen Sie», sagten diese, wir Zürcher sind immer so...» (nestelt nervös mit den Fingern). «So kann man keine Uhren zusammenbauen!» Wir Berner regen uns also selber über unser Image auf, und die Zürcher betrachten gerade dies als einen Vorteil, der es uns ermöglicht, Dinge zu tun, die andere nicht tun können.

Anders tönt es von auswärts aber, wenn es um den Finanzausgleich geht.

(verdreht die Augen) Das ist eine alte Gamelle.
Wenn schon ein Zwischentitel in einem Zeitungsartikel Sie aufregt, muss es das Schlagwort der Milliarde für den Kanton Bern erst recht tun...
Ich habe in den letzten zehn Jahren alles gesagt, was es zu diesem Thema zu sagen gibt... Also: Meine Regierungszeit fiel in jene Periode, als 2008 der Finanzausgleich eingeführt worden ist – und zwar per

Volksentscheid. Nun meinen alle, es habe vorher gar keinen Ausgleich gegeben, und ab 2008 habe der Kanton Bern plötzlich eine Milliarde erhalten. Das ist natürlich ein Witz. Die Finanzströme gab es schon vorher, und der Kanton Bern hat schon vorher netto etwa im gleichen Ausmass profitiert.

Wo solls denn hingehen?

Entweder gibts den Finanzausgleich, und dann kommen die Steuern der angesiedelten Firma Glencore – als Beispiel – nicht nur dem Kanton Zug zugute, sondern der ganzen Schweiz. Denn die ganze Schweiz hat dazu beigetragen, dass die Firma Glencore nach Zug gegangen ist. Oder man macht eine materielle Steuerharmonisierung, nach welcher alle Unternehmen und Personen nur noch eidgenössische Steuern zahlen.

Diese ominöse Milliarde dient auch den Bürgerlichen im Kanton Bern, um Politik zu betreiben...

(unterbricht) ...und das ist der grösste Witz. Wir haben im Kanton Bern jahrzehntelang eine bürgerliche Regierung und ein bürgerliches Parlament gehabt. In diesen Jahrzehnten hat es sich etabliert, dass der Kanton Bern von den anderen Kantonen Geld erhält. Dass jetzt die Bürgerlichen wegen der Milliarde ausrufen, das kann ich nicht ernst nehmen.

Der Kanton steht derzeit finanziell nicht schlecht da. Gleichwohl wird ihm mit der Unternehmenssteuerreform III empfindlich Geld verloren gehen, besonders den Gemeinden. Das Referendum ist absehbar. Mich nimmt Wunder: Sie als Sozialdemokrat, langjähriger Vertreter der öffentlichen Hand und künftiger Unternehmer und Berater der Wirtschaft – welches ist Ihre Position?

Ein Vorteil, keine Person des öffentlichen Interesses mehr zu sein, ist es, nicht mehr zu jeder Frage eine öffentliche Meinung haben zu müssen.

Sie weichen aus, weil Sie künftig gerade in diesem Spannungsfeld tätig sein werden.

(lacht) Es ist so: Ich bin skeptisch gegenüber der Unternehmenssteuerreform III. Vielleicht nicht in erster Linie aus den gleichen Gründen, wie die SP, sondern weil ich festgestellt habe, wie andere Länder in Europa versuchen, uns Firmen abzuluchsen. Es hat mich überrascht, wie schnell wir bereit waren, Steuerprivilegien über Bord zu werfen. Meine Meinung ist aber vorläufig. Der Abstimmungskampf folgt im Herbst. Was ich auf dann den Abstimmungszettel schreiben werde, habe ich mir wirklich noch nicht überlegt. Mir ist natürlich bewusst, was wirtschaftlich auf dem Spiel steht.

Was betrachten Sie als grössten Erfolg Ihrer Amtszeit?

Wenn ich es auf einen Punkt reduzieren muss: der Innovationspark.

Wird dieser tatsächlich den Kanton Bern weiterbringen? Es gibt auch Stimmen aus der Wirtschaft, die das Projekt kritisch sehen. Sie sagen, der Staat könne nicht Innovation lenken.

Es gibt in der Schweiz drei ETH-Standorte: Zürich, Basel – von Zürich aus –, und das Bassin Lémanique. Wir in der Mitte der Schweiz profitieren nicht vom Bundesgeld, das in die ETH investiert wird. Das heisst: Die Firma Google beispielsweise siedelt sich in Zürich an, weil sie mit der ETH zusammenarbeitet. Sie zahlt dort Steuern, ihre Mitarbeiter wohnen dort, das gibt Geld für den Kanton Zürich. Nun gibt es mit dem Innovationspark wieder ein Generationenprojekt. Es wäre dramatisch, wenn dieses an unserem Kanton vorbeigegangen wäre. Ich bin überzeugt, dass der Innovationspark dem Kanton Bern langfristig viel bringt.

Eine der grössten Ansiedlungen der letzten Jahre ist in Ihrer Amtszeit erfolgt: CSL Behring. Zeigt dies also, dass es um den Kanton doch nicht so schlecht steht, wie man meint?

Ja.
Sie haben auch die Wirtschaftsstrategie 2025 aufgegleist, die für den Kanton Bern einen Schwerpunkt in der Cleantech-Branche sieht. Gegner haben darauf hingewiesen, dass der



Die Zukunft im Blick: Andreas Rickenbacher in Biel an der Stelle, wo Campus Technik (links) und Innovationspark (rechts) zu stehen kommen. Tanja Lander

Staat schlecht die Wirtschaft lenken könne. Der Konkurs von Sputnik und der Kriechgang von Meyer Burger scheint Ihnen Recht zu geben.

Ich habe nicht gesagt, man solle nur noch Cleantech machen und sonst nichts anderes mehr. Aber Cleantech ist eine der Entwicklungen, die unser aller Leben global und nachhaltig verändern wird – weil der weltweite Ressourcenverbrauch einfach viel zu gross ist. Hier eine starke Position auszubauen, das scheint mir strategisch richtig zu sein.

Sehen Sie im Rückblick Fehler und Misserfolge?

Ich hätte wohl Kritik besser nicht so stark an mich persönlich heranlassen sollen. Inhaltlich... ist es schwierig, das selber zu beurteilen. Ich habe sicher viele Fehler gemacht und hätte vieles anders machen können. Aber spontan kommt mir nichts Konkretes in den Sinn.

Ihr eigenes Fazit ist jedenfalls nicht durchweg positiv ausgefallen. Sie haben kürzlich gesagt, es sei Ihnen nicht ganz gelungen, den Kanton von

der Wirtschaftskraft her im Vergleich mit anderen Kantonen zu stärken.

Es ist eines der Ziele der Wirtschaftsstrategie, nicht nur international einer der besten Standorte zu sein. Unser Ziel ist es, uns auch innerhalb der Schweiz zu verbessern, und das ist bis jetzt nicht gelungen. Wir haben aber Positionen aufgebaut, die das in den nächsten Jahren ermöglichen werden.

Haben Sie sich mit Ihrer Partei eigentlich wieder versöhnt?

War ich verkracht mit ihr?

Immerhin haben Sie mit Ihrem Rücktritt während der Legislatur die bürgerliche Wende angestossen.

Erstens können Sie davon ausgehen, dass ich nicht einfach eines Morgens aufgewacht und zurückgetreten bin, sondern dass die Partei in meine Überlegungen einbezogen war. Und zweitens kann ich heute einem sozialdemokratischen Nachfolger die Schlüssel zu meinem Büro übergeben.

Die Parteileitung war wenig erfreut über Ihren Rücktritt, auch wenn sie dies nicht offen sagte.

Die Parteileitung war in den Entscheidungsprozess einbezogen. Sie hat auch durchaus die Überlegungen nachvollziehen können, wonach es 2018 mit einem möglichen Dreier- oder Vierer-Rücktritt von Rot-Grün nicht einfacher geworden wäre.

Inwiefern werden sich die neuen Verhältnisse im Regierungsrat auf den Kanton auswirken?

Das Gewicht der Parteizugehörigkeit der Regierungsmitglieder wird in der Öffentlichkeit generell überschätzt. Wir sind ein Gremium von sieben Mitgliedern, von starken Persönlichkeiten, das jeden Mittwoch in Themen zu entscheiden hat und dies meistens ohne Abstimmung tut. Man findet meist in der Diskussion eine Lösung. Entscheidender als die Parteizugehörigkeit ist also, ob man eine starke Persönlichkeit ist und sich durchsetzen kann. Ändern wird sich, dass die Medien nicht mehr schreiben können, die rot-grüne Regierung habe dieses und jenes entschieden.

Haben Sie die Cohabitation in Ihrer Direktion nicht als Sand im Getriebe wahrgenommen?

Ich habe es in erster Linie als höchst mühsam betrachtet, dass das Parlament viele Ideen grundsätzlich als «blöd» taxiert hat, nur weil sie von der «rot-grünen» Regierung kamen. Ab und zu wusste das Parlament ja nicht, dass die Idee in der Regierung von einem bürgerlichen Mitglied kam. Das war dann für das bürgerliche Mitglied nicht sehr lustig.

Sie haben Ihren Rücktritt auch damit begründet, dass es nicht einfacher werde, Jobs zu finden, wenn man gegen 50 zugeht. Werden Sie sich künftig auch für die Anliegen der Ü50er in der Arbeitswelt einsetzen?

Das werde ich nicht künftig machen, das habe ich in der Vergangenheit schon sehr intensiv getan. Wir haben uns im Nachgang der Krise 2011 intensiv darum gekümmert, wie ältere Arbeitnehmer wieder einen Job finden können. Durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist das noch einmal intensiviert worden, weil wir nicht mehr so viel Personal aus dem Ausland holen können.

Als ehemaliger Volkswirtschaftsdirektor ist es aber offenbar nicht schwierig, sich neue Tätigkeitsfelder aufzubauen. Man hört, Sie hätten noch im Amt diverse Jobangebote bekommen. Woraus konnten Sie auswählen?

Namentlich kann ich das nicht verraten. Die Rückmeldungen, die ich hatte, besagten, ich sei in einem guten Alter, weil ich noch eine Perspektive von zehn bis 15 Jahren vor mir habe – meist sind abtretende Regierungsräte zwischen 55 und 65. Und die Erfahrung an der Schnittstelle von Privatwirtschaft, Politik und öffentlicher Hand ist offensichtlich als Profil gesucht. Ich habe drei, vier Angebote für Festanstellungen erhalten, mir dies gut überlegt und mich dann für die Selbstständigkeit entschieden.

Es wurde kritisiert, dass Sie sich schon in den letzten Monaten um Ihre Zukunft gekümmert haben. «Setzt sich Regierungsrat Rickenbacher noch für Bern ein?», fragte der «Blick».

Diese Schlagzeile hat mich getroffen, denn sie fiel just in eine Phase, in der ich noch einmal richtig Gas gegeben habe. Ich war viel weg von meiner Familie, die Kinder mussten auf mich verzichten, auch an den Wochenenden. Ich war stark beansprucht, arbeitete 70, 80 Stunden pro Woche und dann eine solche Frage – das trifft.

Jetzt machen Sie sich selbstständig und nehmen Verwaltungsratsmandate wahr. Was werden die Tätigkeiten Ihrer Firmen Rickenbacher Projekte GmbH und Rickenbacher Management AG sein?

Es wird drei Pfeiler geben. Erstens: Verwaltungsratsmandate – da werde ich mein Wissen, mein Netzwerk und meine Erfahrungen einbringen. Zweitens: Beratungsmandate – ich werde Firmen und öffentliche Stellen beraten zu strategischen Fragen in der Kommunikation und im Marketing. Drittens: Unternehmerische Projekte – ich möchte mithelfen, interessante Jungunternehmen oder neue Produkte bestehender Unternehmen zum Markterfolg zu führen.

Mit Christoph Ammann übernimmt ein Parteikollege die Direktion. Was haben Sie ihm geraten?

Ganz viel, aber das kann ich nicht öffentlich ausbreiten. Ich habe ihm die Direktion erklärt, die laufenden Projekte, und ich habe ihm persönliche Ratschläge gegeben. Er hat auch Familie und Kinder, darum war mein wichtigster persönlicher Ratschlag, dass er die Agenda sehr gut bewirtschaftet. Man kann als Regierungsrat nicht davon ausgehen, es entstehe zufälligerweise auch Zeit für die Familie. Man muss kurzfristig, aber auch langfristig Reserven einplanen, Zeit in der Agenda blockieren. Sonst frisst einen der Job auf.

Wird er es schwieriger haben im Amt als Sie, weil seine bisherige Tätigkeit weniger nah an der Wirtschaft ist?

Nein, denn er hat eine ähnliche Persönlichkeit wie ich: Er ist überlegt, schiesst nicht grad drein, analysiert zuerst und erst danach spricht und handelt er. Vielleicht wird es ihm etwas schwieriger fallen, weil ich das Unternehmertum schon gekannt habe, die Sprache der Unternehmer gesprochen habe und so sehr rasch akzeptiert war.

Sie stammen aus der Region Biel-Seeland, er aus dem Oberland. Wird sich Biel also künftig stärker anstrengen müssen, um Gehör zu finden?

Das glaube ich nicht. Ein Regierungsrat ist für den ganzen Kanton da, er darf nicht eine Region vorantreiben. Das habe ich auch mit dem Seeland nicht getan. Dass der Innovationspark nach Biel kam, erfolgte aufgrund des Profils, das dafür gesucht war. Wir entwickeln aber auch die Empa in Thun weiter, da habe ich mich als Regierungsrat fürs Oberland eingesetzt. **Zum Schluss wieder ein Ausblick, diesmal in die etwas fernere Zukunft: Wann werden wir das Interview mit Ihnen als Bundesratskandidat führen?**

(lacht) Wahrscheinlich gar nie.

Würde Sie das Amt nicht reizen?

Doch, jeden, der politisch denkt und der politisch tätig war, würde das reizen. Aber nachdem ich nun zehn Jahre «nur» in einer Kantonsregierung tätig war, weiss ich, was es bedeutet, ein solches Amt auszufüllen, auch für die Familie. Ich glaube, ich möchte das mir und meiner Familie nicht antun.